



Statt Bonner doch die Berliner Republik?

Die Schattenseiten der Wiedervereinigung

Das Jahr 2017 verläuft wegen des Mega-Wahlkampfs auch für politikerfahrene Historiker etwas anders. Schon letzterer Begriff reizt – denn historisch aufmerksame Politiker scheint es nicht mehr zu geben. Alles läuft etwas kurzatmiger, die großen Linien kommen abhandeln. Die schnelle Schlagzeile ist wichtig, das Mitteilen der Meinung per Twitter. Was interessiert die Meinung anderer? Dafür werde ich nicht gewählt, glaubt der Twitterer. Was in Bonn am Rhein noch selbstverständlich war – aus der Erfahrung der deutschen Katastrophe heraus zusammenzustehen – gilt in Berlin an der Spree nicht einmal mehr für die Unionsparteien. Liegt das am Flair der Städte oder doch an anderem?

Wer sich an die Jahre der Wiedervereinigung und der Bundestagsentscheidung zum Sitz des Parlaments in Berlin erinnert (1990/91), dem fällt auch der intensive Streit ein, ob nicht durch eine „Berliner Republik“ Gefahr für das vereinte Deutschland entstehe. Konkret unkte man, dass wieder „unselige Zeiten“ hereinbrechen werden. Nationalismus, Preußenvorherrschaft, „die protestantische Republik“ und einiges mehr waren die Schlagwörter. Der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle kleidete seine Gedanken in die höfliche Formel „nördlicher, östlicher, protestantischer“. Kein Zweifel: „Zufällig“ standen gleichzeitig mit Bundespräsident Gauck und Bundeskanzlerin Merkel zwei preußische Protestanten oder protestantische Preußen an der Spitze des Staats. Doch der evangelische Bundespräsident Roman Herzog stammte aus Landshut in Bayern und der wohl künftige evangelische Bundespräsident Steinmeier stammt aus Nordrhein-Westfalen. Das konfessionelle Übergewicht haben seit Theodor Heuß (1949-1959) zwar die Protestanten, aber dass deshalb Katholiken benachteiligt worden wären, kann niemand ernsthaft behaupten. Die am längsten amtierenden Kanzler waren katholisch (Adenauer, Kohl). Also alles nur herabsetzende Totschlagwörter? Denunzierende Abstammungs-Theorien?

Föderalismus oder Zentralismus

Wer die deutsche Geschichte der letzten zweihundert Jahre betrachtet, kann natürlich Angst vor Zentralismus und Nationalismus empfinden. In sehr ausgeprägter landsmannschaftlicher Umgebung traut man „den anderen“ sowieso das Schlimmste zu. Fast religiöse Geiferei muss man es aber nennen, wenn Berlin als Symbol allen Übels bezeichnet wird. Bei der Hauptstadtentscheidung schwangen regionale Vorlieben, aber eben auch Untergangsgefühle mit. Den Bayern kann man es nachsehen, dass sie stets betonen: erst kommt Bayern, dann kommt nochmal Bayern, dann kommt ein Mistwagen und erst dann der Rest der Republik. Aber aus der bayerischen CSU hörte man damals auch Aversionen gegen Berlin heraus, weil sich in der Zeit der deutschen Teilung in Berlin nicht bloß der Rest des Preußentums hielt



1994 bei Bundespräsidentenwahl: Waigel-Kunze-Rose-Herzog-Kinkel

(Pankow und NVA), sondern neu auch das laut FJS „ganze Gesindel“ aus dem übrigen Deutschland zusammenrottete, aggressive Wehrdienstverweigerer, Hausbesetzer, Pflasterwerfer und vor allem Kommunisten. Unübersehbar ist allerdings auch die (vor allem linke) Literatur, welche den Geschichtsablauf vom Preußen-König über den Deutschen Kaiser zum Führer als zwangsläufig beschrieb und deshalb Berlin verdächtig machte. Da konnte man andere nationalsozialistische Hochburgen im Reich totschrweigen.

Berlin als multikulturelle Megastadt, schon seit weit über 150 Jahren, ist politisch gesehen natürlich weit entfernt von einer regionalen Schmalspur-Idylle. Aber Berlin ist auch die landsmannschaftlich besetzte Bundesregierung, in Berlin trifft sich regelmäßig der Bundesrat. Je nach Temperament hauen die Länderregierungen in die Klaviatur und halten somit den Föderalismus hoch. Es sind immer noch die BürgerInnen, welche mit demokratischem Einsatz das politische Leben beflügeln, in der Hauptstadt und in den Bundesländern. Eine „Berliner Republik“ gibt es nicht, es sei denn, gewisse Kräfte streben darauf zu. Denen muss man auf die Finger hauen, oder wie FJS vornehm Lateinisch gesagt hätte: „Principiis obsta“ („Wehret den Anfängen“).

„Hauptstadt der Bewegung“ oder so

Es wird niemand abstreiten, dass es derartige „gewisse Kräfte“ gibt, immer schon gegeben hat. Mit den neuen Bundesländern kam – verspätet – viel guter Wille, viel demokratische und wirtschaftliche Substanz zur „Bundesrepublik Deutschland“. Aber es scheint dort noch viel mehr „Gestrige“ zu geben als anderswo – obwohl die Zahl der „Reichsbürger“ zum Beispiel im Freistaat Bayern auch nicht gering ist. Die periodischen Wahlerfolge der NPD, REPS und AfD weisen auf das schlummernde Potential eines „deutschen Nationalismus“ hin. Und wo sind die REPS entstanden? Richtig, in Bayern. Zur erneuerten Hauptstadt der Bewegung

wurde München trotzdem nicht. Die Rolle der „heimlichen Hauptstadt“ der Bundesrepublik ging allerdings verloren. Bayern war durch die Wiedervereinigung „kleiner“ geworden, die Rolle der CSU auch. Die Kleinen aber rühren sich bekanntlich am lautesten.

Wie reagiert übrigens die Mehrheit der Wähler? Bezogen auf die Bevölkerung bekommt eine neue nationalistische Partei nie und nimmer die große Mehrheit. Das demokratisch-soziale-liberale und weltoffene Bewusstsein der Menschen in Deutschland ist so ausgeprägt, dass man sich keine Sorgen machen muss. Schwieriger wird es bei der Mehrheit der tatsächlichen Wähler, also bei der Kraft zum Urnengang. Den demokratischen Parteien muss man daher wünschen, Persönlichkeiten aufbieten zu können, die Glaubwürdigkeit und Vertrauen ausstrahlen. In solchen Fällen sind parteiübergreifend immer schon gute Wahlergebnisse erzielt worden, man betrachte nur die Bürgermeister- oder Landratswahlen. Ein Hetzer und Spalter wird kein absoluter Sieger, höchstens eine Randnotiz der Geschichte.

Was ist also die Aufgabe der demokratischen Parteien, nicht bloß in einem polarisierenden Wahljahr wie 2017? Zusammenführen und nicht spalten? Das nationale Schlummerpotential voll ausschöpfen? In der Ausländer- und Flüchtlingspolitik scheint manchmal das Maß verloren zu gehen. „Weg mit ihnen“, „Abschieben“, „Internieren an der Grenze“ und ähnliche Begriffe knallen jeden Tag in den Äther. Da versöhnte Horst Seehofer, als er von Seeon aus (neuer Tagungsort, neuer Geist?) die Leistungen vieler Ausländer in Deutschland dankbar betonte. Historisch wahr ist nämlich, dass ohne die Gastarbeiter München in den 1960/70er Jahren zurückgeblieben wäre. Diese Aussage träfe auf viele deutsche Städte zu, in der Gemüse-, Gurken- oder Spargel-Landwirtschaft in ähnlicher Form, bei den Pflegeberufen ebenso, von der Industrie oder der Wissenschaft ganz zu schweigen. Wegen eines weltweit agierenden Terrorismus muss man nicht Deutschland zusperren.

Beitrag der Gastarbeiter

"Ohne Ausländer wäre BMW lahmgelegt"

Nicht nur Döner - Autoherstellung, U-Bahnbau, Münchner Olympiazentrum: Der Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer dazu war wesentlich. Doch gewürdigt wurde ihre Leistung lange Zeit nicht.

Zur Ausländer-Debatte

CSU-Gesamtkonzept „Damit Deutschland Deutschland bleibt“ – so hieß es aus der Klausur im nicht mehr bestehenden Kloster Seeon. Letzteres stimmt nicht ganz, denn die hohlen Mauern bestehen noch, sogar repariert, doch seit über zweihundert Jahren fehlt der Kloster-Geist. Da könnte die CSU, sollte sie auch in Zukunft in Seeon zur Einkehr weilen, den Kreuther Geist der Unionsspaltung umwidmen zu einer neuen Standortbestimmung: einige Union gegen spalterische Verirrung. Der Hauptgegner ist nicht die Schwester!

Auch die CDU, vom Bodensee bis nach Görlitz, möchte nämlich ein schönes Deutschland. Deutschland und Bayern aber verändern sich laufend, seit Jahrhunderten. Nur in der Werbung bleiben Alpen, Kölner Dom und Brandenburger Tor – nebst Oktoberfest, Reeperbahn oder Zwinger – „ewig gültig“. Kloster-Geist, Leitkultur? Bayern, das im Laufe der Jahrhunderte mit „Deutschland“ wenig am Hute hatte, zeitweilig von Repräsentanten regiert wurde, die

französisch gekleidet waren oder auch gerne nach Moskau wallfahrteten, ruft ausgerechnet im Jahr 2017 am lautesten das Wort „Deutschland“. Weil es auch andere tun? Das wäre dürftig. Es wäre schön, wenn aus Bayern häufiger Töne kämen, die sich, bei allem Heimatstolz, um Deutschland kümmern. Auch zwischen den Jahren, und konstruktiv, nicht herabwürdigend! „Mia san mia“, das weiß inzwischen jeder. Doch ein bayerisches Sprichwort sagt auch: *Allein ist es im Himmel nicht schön.*

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.